

MOTRA 01/26 SPOTLIGHT

Freiwillige vor?

Was die Deutschen von einer neuen Dienst- oder Wehrpflicht halten

Peter Wetzels, Thomas Richter, Katrin Brettfeld und Janosch Kleinschnittger

Universität Hamburg (UHH) und German Institute for Global and Area Studies (GIGA)

Wetzels, P., Richter, T., Brettfeld K. & Kleinschnittger, J. (2026). Freiwillige vor? Was die Deutschen von einer neuen Dienst- oder Wehrpflicht halten. *MOTRA-Spotlight 01/26*. MOTRA.

<https://doi.org/10.57671/motra-2026001>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Freiwillige vor?

Was die Deutschen von einer neuen Dienst- oder Wehrpflicht halten



Angesichts der verschärften außenpolitischen Bedrohungslage wird eine **Erhöhung der Anzahl von Soldatinnen und Soldaten** der Bundeswehr für notwendig erachtet. Es besteht aber Uneinigkeit darüber, ob das mit einem Freiwilligenmodell erreicht werden kann oder ob dafür eine Wehrpflicht nötig ist.



Im Juli 2025 wurde eine **repräsentative Onlinebefragung** mit 2.279 Befragten im Alter ab 18 Jahren durchgeführt, die auch Fragen zum Thema Wehrpflicht und Freiwilligendienst enthielt.

29,6% der Teilnehmenden dieser Studie lehnen jede Form einer Dienstpflicht ab. **42,0% befürworten eine einjährige allgemeine Dienstpflicht** für Männer und Frauen unter 21 Jahren, mit einer freien Entscheidung darüber, ob diese bei der Bundeswehr oder anderswo abgeleistet wird.



Eine allgemeine Wehrpflicht für Männer und Frauen wird von 32,9% akzeptiert. 10,5% befürworten eine allgemeine Wehrpflicht ausschließlich für Männer. In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen wird mit 44,6% besonders häufig **jede Dienstpflicht abgelehnt**.

Personen, die noch keinen Wehr- oder Zivildienst absolviert haben, erklärten zu 16,2%, **Interesse an einer 6-monatigen militärischen Grundausbildung** zu haben. Bei den 18- bis 29-Jährigen sind dies 19,1%.



38,9% aller Befragten wären bereit, Deutschland selbst **aktiv mit der Waffe zu verteidigen**. Bei den 18- bis 29-Jährigen ist diese Rate mit 30,2% niedriger als im Durchschnitt.

Unter 18- bis 29-Jährigen mit deutscher Staatsbürgerschaft finden sich 8,3%, die sowohl Interesse an einer 6-monatigen militärischen Grundausbildung haben als auch eine Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Bei jungen Männern beträgt diese Rate 14,3% bei jungen Frauen 6,0%.



Für eine vorsichtige Schätzung der Personenzahl in der Bevölkerung von 18 bis 29 Jahren, die freiwillig Wehrdienst leisten würden, wurde die untere Grenze des 95% Konfidenzintervalls der für die Stichprobe festgestellten Raten verwendet. Zusätzlich wurde eine Untauglichkeitsrate von 50% angenommen.

Danach kann von mindestens **175 000 Männern und 70 000 Frauen** im Alter von 18 bis 29 Jahren ausgegangen werden, die über ein Freiwilligenmodell für einen Dienst in der Bundeswehr zu gewinnen wären.



Diese Befunde zeigen, dass eine hinreichende Aufstockung der Bundeswehr über ein **Freiwilligenmodell erreicht werden kann**. Die Erforderlichkeit der (Wieder-)Einführung einer Wehrpflicht besteht aus empirischer Sicht insoweit nicht.

Executive summary

- Due to an increased threat level, politicians see a need to increase the number of Bundeswehr (German federal defence forces) soldiers. However, there is disagreement as to whether this can be achieved through a voluntary model or whether the reintroduction of compulsory military service is necessary.
- In July 2025, a representative online survey of 2,279 adults on these issues was conducted. 29,6% of respondents did not agree with any form of compulsory service; 42,0% would accept a compulsory service for men and women under the age of 21, with freedom of choice whether to perform this in the military forces or in other institutions. 32,9% agreed with compulsory military service that applies equally to men and women. 10,5% agreed with compulsory military service for men only.
- Among the 18-29 year old, the rate of rejection of any form of compulsory military service was 44.6%.
- 16,2% of all participants who had not already completed any military service indicated they were interested in a 6-month basic military training. Among those aged 18-29 years this rate was 19.1%.
- 38,9% of all respondents stated that they would be willing to actively defend Germany with a weapon. Among participants who were 18-29 years of age this figure was 30.2%.
- 8,3% of respondents aged 18-29 years and having a German citizenship, were both interested in a six-month basic military training and also willing to defend Germany with a weapon. This rate was 14,3% for young men and 6,0% for young women.
- To estimate the minimum number of people aged 18 to 29 who can be recruited as volunteers for the Bundeswehr, the lower margin of the 95% confidence interval of these rates was used. Furthermore a 50% rate of unfitness for military service was taken into account.
- As a result, it can be estimated that at least 175,000 young men and 70,000 young women between the ages of 18 and 29 can be identified who are willing to join the military service on a voluntary basis.
- These findings indicate that the expansion of the Bundeswehr can be achieved through a volunteer model. There is currently no need to reintroduce compulsory military service.

1. Einleitung

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, der Wahrnehmung einer deutlich verschärften Bedrohungslage an der Ostflanke der NATO und einer verminderten Bereitschaft der USA, die Lasten der militärischen Abschreckung und möglichen Verteidigung Europas zu tragen, rücken in den aktuellen politischen Diskussionen und Kontroversen innerhalb Deutschlands die Themen „Verteidigungsfähigkeit“ und „Wehrpflicht“ besonders stark in den Mittelpunkt.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine liegt mittlerweile mehr als drei Jahre zurück, ohne dass ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in Sicht wäre. Vorfälle aus jüngster Zeit, wie das Eindringen von Drohnen in den polnischen Luftraum, die zeitweise vollständige Lahmlegung deutscher wie auch anderer europäischer Flughäfen oder auch weitere Formen einer hybriden Kriegsführung, haben die Wahrnehmung einer von Russland ausgehenden Bedrohung deutlich verstärkt. Bemühungen um Herstellung militärischer Sicherheit – im Sinne einer Wehr- und Verteidigungsfähigkeit – sind seitdem Gegenstand umfassender politischer, medialer und gesellschaftlicher Debatten.¹ Dabei spielt die personelle Neuaufstellung der Bundeswehr eine zentrale Rolle. Über den richtigen Weg dahin besteht aktuell allerdings Uneinigkeit und auch Unklarheit.

Im Gesetzentwurf zur Modernisierung des Wehrdienstes (WModG) vom 29.9.2025 heißt es dazu: „Russland wird auf abseh-

bare Zeit die größte Gefahr für die Sicherheit in Europa bleiben und schafft militärisch die personellen und materiellen Voraussetzungen dafür, um innerhalb weniger Jahre in der Lage zu sein, NATO-Territorium angreifen zu können.“ (BT-Drs. 21/1853).² Daraus wird der Schluss gezogen, dass Deutschland seine „Fähigkeiten zur gesamtstaatlichen Verteidigung nachhaltig verbessern muss“. Hinzu kommen Anforderungen, welche von Seiten der Bündnispartner an Deutschland herangetragen werden. So hat sich Deutschland gegenüber der NATO verpflichtet, „bis 2035 über 260 000 aktive Soldatinnen und Soldaten bereitzustellen“ (BR-Drs. 441/1/25).³ Es wird davon ausgegangen, dass die Bundeswehr auf mindestens 460 000 Soldatinnen und Soldaten – einschließlich der Reserve – aufgestockt werden müsse, um den Verteidigungserfordernissen und den diesbezüglichen Verpflichtungen in EU und NATO tatsächlich nachkommen zu können.

Über die Notwendigkeit, insoweit tätig zu werden, ist sich die Regierungskoalition aus Union und SPD im Grundsatz einig. Offen ist aktuell jedoch, wie genau dies geschehen und ausgestaltet werden sollte. Die erste Lesung des auf Pläne von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) zurückgehenden Entwurfs eines Wehrdienstmodernisierungsgesetzes (WModG) im Deutschen Bundestag war für die 41. Kalenderwoche (6.-10. Oktober 2025) geplant, wurde aber kurzfristig verschoben.⁴ Die erste Beratung des WModG wurde danach für den 16.10.2025 auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.⁵

1 Vgl. z. B.: <https://www.zdf.de/video/talk/markus-lanz-114/markus-lanz-vom-11-september-2025-100>
<https://www.ardmediathek.de/video/caren-miosga/wann-sind-wir-kriegstuechtig-herr-pistorius/das-erste/Y3JpZDovL-2Rhc2Vyc3RlImRl2NhcmluLWl1pb3NnYS8yMDIILTA2LTlyXzIyLTAwLUIFU1o>
https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaer-verteidigung/id_100943322/wehrpflicht-streit-kanzler-merz-stellt-bei-miosga-pistorius-plaene-infrage.html

2 <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-modernisierung-des-wehrdienstes-wehrdienst-modernisierungsgesetz-wdmodg/325558?f.deskriptor=Reservist&rows=25&pos=1&ctx=e>

3 <https://bundesrat.de/drs.html?id=441-1-25>

4 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wehrdienst-debatte-union-spd-100.html>

5 <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/tagesordnungen>

Im Zentrum der Diskussionen steht unter anderem die Frage der Erforderlichkeit einer allgemeinen Wehrpflicht bzw. ob ein auf Freiwilligkeit basierendes Modell ebenfalls zu den gewünschten Ergebnissen führen könnte. Während der Bundesverteidigungsminister und weite Teile der SPD bisher ein Modell auf der Basis von Freiwilligkeit präferieren, sehen viele Vertreter der CDU/CSU die Notwendigkeit der (Wieder-)Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht.⁶ Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich jüngst ebenfalls dergestalt geäußert und angezweifelt, ob ein auf Freiwilligkeit basierendes Konzept tatsächlich die Erreichung der anvisierten Zielzahlen ermöglicht.⁷ Auch die Idee eines allgemeinen verpflichtenden Dienstjahres für Männer und Frauen, innerhalb dessen der Militärdienst eine der möglichen Ableistungsformen wäre, ist in diesem Zusammenhang Teil der Debatte.⁸

Bereits zu Beginn der Diskussionen über die Erfordernisse einer personellen Verstärkung der Bundeswehr und die mögliche Notwendigkeit der Reaktivierung der Wehrpflicht bzw. der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht wurde im Juni 2024 von unserer Seite im Rahmen der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) eine erste repräsentative Umfrage durchgeführt, in der die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber einem solchen „Neuen Wehrdienst“ erhoben wurden.⁹ Angesichts der weiterhin anhaltenden Debatten zu diesem Thema in Politik und Gesellschaft fand im Juli 2025 eine weitere zweite repräsentative Erhebung zu diesem Thema statt, in der diese Fragen in etwas umfangreicherer Form erneut aufgegriffen wurden.

2. Die Studie „Menschen in Deutschland: International“

Im Rahmen des MOTRA-Forschungsverbundes wird durch das **Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH)** in Zusammenarbeit mit dem **German Institute for Global and Area Studies (GIGA)** seit Ende 2022 die Trendstudie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) durchgeführt. Damit wird das Ziel verfolgt, Effekte internationaler politischer Ereignisse und grenzübergreifend relevanter gesellschaftlicher Entwicklungen auf die Lebenssituation sowie politische Wünsche und Einstellungen aber auch auf die alltäglichen Sorgen und Belastungen der Menschen und das gesellschaftliche Gefüge auf nationaler Ebene in Deutschland zu untersuchen.

Die Datenerhebungen in MiDInt erfolgen in Form regelmäßiger querschnittlicher, standardisierter Online-Umfragen, die im Abstand von 2-3 Monaten bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung geschichteten, repräsentativen Stichproben der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland im Alter von 18 bis 69 Jahren durchgeführt werden. Diese Stichproben werden auf Basis eines großen Online-Access-Panels gezogen.¹⁰

Grundlage der hier vorgestellten Ergebnisse sind Daten aus der jüngsten Erhebung der MiDInt-Studie, die als 16. Welle in der Zeit vom 11. bis 18. Juli 2025 stattfand. Insgesamt wurden dabei 2279 Personen zwischen 18 und 69 Jahren erreicht und befragt. Davon waren 48,8% männlich. Deren Durchschnittsalter betrug 44,7 Jahre; 20,1% (n = 459) waren in

6 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-10/markus-soeder-csu-wehrpflicht-bundeswehr-kritik>

7 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wehrpflicht-friedrich-merz-zweifelt-erfolg-des-wehrdienst-modells-von-boris-pistorius-an-a-d8fc63ca-671d-4784-9a07-b2217b618760>

8 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wehrdienst-wehrpflicht-gesellschaftsjahr-100.html>

9 Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, Th. & Wetzels, P. (2025). Wehrpflicht oder Freiwilligendienst? Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und einer „Neuen Wehrpflicht“ nach der „Zeitenwende“. *UHH Spotlight No. 14*. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.57671/motra-2025002>. Auch publiziert als: MOTRA-Spotlight 2/25. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2025/09/motra_Spotlight_02_25.pdf

10 Es handelt sich um das Online-Access Panel der Firma Bilendi S.A., das für Deutschland insgesamt über 250 000 Personen umfasst.

der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen zu finden.

Tabelle 1: Anteile der Altersgruppen an der Stichprobe der 16. Welle der Studie MiDInt im Juli 2025 im Vergleich zur Altersverteilung der erwachsenen Wohnbevölkerung insgesamt (MiDInt Welle 16, Juli 2025, n=2279; Angaben in %)

	Stichprobe	Referenz (Wohnbevölkerung, Stand 31.12.2024)
18 bis 29 J.	20,1%	19,6%
30 bis 39 J.	20,5%	19,5%
40 bis 49 J.	18,8%	18,6%
50 bis 59 J.	24,4%	21,2%
60 J. und älter	16,2%	21,1%

Die Verteilung der wichtigsten soziodemografischen Daten entspricht auch mit Blick auf weitere Merkmale wie Bildung, regionale Verteilung oder berufliche Stellung recht genau den Verhältnissen, wie sie in Deutschland für gemeldete Bewohnerinnen und Bewohner im Alter ab 18 Jahren nach den Informationen des Statistischen Bundesamtes zu finden sind. Einschränkend ist lediglich anzumerken, dass Personen mit Migrationshintergrund, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind bzw. nicht über eine deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, über dieses Online-Access-Panel schwieriger zu erreichen und daher nicht ganz zureichend repräsentiert sind. Abgesehen davon ist die Studie als approximativ repräsentativ einzustufen.

3. Einstellungen zu einer neuen Dienst- oder Wehrpflicht

Im Hinblick auf die Gestaltung eines künftigen Wehrdienstes wurden den Befragten vier Aussagen zu unterschiedlichen Varianten einer Dienst- oder Wehrpflicht vorgelegt.

Im Juli 2025 erklärten 29,6%, jede Form einer Dienstpflicht abzulehnen. Dies sind 2,3 Prozentpunkte mehr als in der Befragung des Jahres 2024. Wie bereits ein

Jahr zuvor war auch 2025 die Ablehnungsrate bei Frauen mit 35,4% deutlich höher als bei Männern (23,6%). Ein Zusammenhang mit dem Bildungsniveau, der sich bereits 2024 gezeigt hatte, findet sich 2025 erneut: 33,3% der Befragten mit Abitur lehnten eine Dienstpflicht generell ab. Bei Befragten mit mittlerer Reife lag diese Rate bei 28,7% und bei jenen, die höchstens einen Hauptschulabschluss aufweisen, bei 26,2%.

Ein Verzicht auf staatliche Dienstverpflichtung wird insbesondere von Befragten gefordert, die qua Alter am ehesten davon betroffen wären. **44,6% der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren lehnen jegliche Dienstpflicht ab.** Im Vergleich zu 2024 ist die Ablehnungsrate in dieser Altersgruppe damit um 4,9 Prozentpunkte gestiegen. Mit zunehmendem Alter sinkt diese Rate der Ablehnung aller Arten von Dienstpflicht. Sie beträgt bei den 30- bis 39-Jährigen 30,8%; bei den 40- bis 49-Jährigen 30,2%, bei den 50- bis 59-Jährigen 24,5% und bei den über 60-Jährigen schließlich nur noch 16,6%.

42,0% der Bevölkerung befürworten 2025 eine einjährige allgemeine Dienstpflicht, die für junge Menschen unter 21 Jahren gelten sollte. Diese soll nach freier Entscheidung der Verpflichteten entweder bei der Bundeswehr oder in Form eines Zivildienstes abgeleistet werden können und für Männer wie Frauen gelten. Ein Jahr zuvor lag die Zustimmungsrate hierfür noch bei 46,7%. Frauen stimmen einer solchen allgemeinen Dienstpflicht seltener zu (38,2%) als Männer (46,1%). Leichte Unterschiede ergeben sich auch zwischen den Altersgruppen. **Befragte unter 30 Jahren stimmen dem mit 37,4% seltener zu als ältere.** Die höchste Zustimmung findet sich bei Personen ab 60 Jahren (47,8%). In Bezug auf das Bildungsniveau zeigen sich kaum Differenzen.

Eine allgemeine Wehrpflicht als Militärdienst für Männer und Frauen wird 2025 von einem Drittel der Befragten bejaht (32,9%). Die Zustimmung zu dieser Form

der Dienstpflicht liegt damit etwas höher als 2024 (29,0%). Allerdings finden sich deutliche Differenzen in den Subgruppen: Bei den Männern stieg die Zustimmung von 35,7% im Jahr 2024 auf 40,7% im Jahr 2025 an, also um 5 Prozentpunkte. Bei den Frauen zeigt sich ebenfalls eine leichte Zunahme, allerdings nur von 22,5% auf 25,4%. Erneut gilt, dass sich die Zustimmungsraten mit steigendem Bildungsniveau verringern; allerdings sind die Differenzen zwischen den Bildungsniveaus aufgrund einer zunehmenden Befürwortung seitens der höher gebildeten Befragten im Vergleich zum Vorjahr geringer geworden. So stieg die Zustimmung bei Abiturienten von 22,2% in 2024 auf 28,5% im Jahr 2025, bei Personen mit geringer Bildung von 36,5% auf 38,7%. Wie bereits für 2024 festgestellt, nimmt die Zustimmungsraten zu einer solchen nicht geschlechterdifferenzierten Wehrpflicht, die eine Grundgesetzänderung voraussetzen würde, mit dem Alter zu. **Die Zustimmungsraten dafür beträgt 2025 bei den 18- bis 29-Jährigen 20,4%, bei 30- bis**

39-Jährigen 34,1%, bei 40- bis 49-Jährigen 33,3% und bei den 50- bis 59-Jährigen 35,6%. In der ältesten Gruppe der ab 60-Jährigen findet sich schließlich eine Rate von 42,4%.

Die geringste Zustimmung findet mit 10,5% eine Wehrpflicht, die nur für Männer gilt. Dieser Wert liegt 2025 etwas niedriger als 2024 (12,2%) und ist sowohl bei Männern (2025: 8,1%) als auch bei Frauen (2025: 12,8%) im Vergleich zu 2024 abgesunken. **Relevante Unterschiede nach Altersgruppen finden sich hier nicht.** Allerdings stimmen Abiturienten mit 8,1% einer solchen Form der Wehrpflicht im Vergleich zu den beiden anderen Bildungsniveaus (niedrig: 11,4% und mittlere Reife: 12,6%) am wenigsten zu. Diese Befunde stimmen in Rangfolge und Größenordnung recht gut mit dem überein, was in einer im Auftrag von DPA in Deutschland durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Juni 2025 festgestellt wurde.¹¹

Tabelle 2: Zustimmung zu verschiedenen Formen einer Dienst- bzw. Wehrpflicht 2024 und 2025
(MiDInt Welle 10, Juni/Juli 2024, n=2418; MiDInt Welle, 16 Juli 2025, n=2 270; Angaben in %)

	Zustimmung 2024	Zustimmung 2025
Es sollte für alle Männer und Frauen unter 21 Jahren eine einjährige allgemeine Dienstpflicht geben, die entweder bei der Bundeswehr oder auch im zivilen Bereich geleistet werden kann.	46,7%	42,0%
Es sollte eine allgemeine Wehrpflicht geben, die für Männer und Frauen gleichermaßen gilt.	29,0%	32,9%
Es sollte eine allgemeine Wehrpflicht geben, aber nur für Männer.	12,2%	10,5%
Es sollte in Deutschland gar keine Dienstpflicht geben.	27,3%	29,6%

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich.

¹¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigung-junge-deutsche-lehnen-wehrpflicht-mehrheitlich-ab/100136319.html>

4. Interesse an einer militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr

Neben den Einstellungen zu verschiedenen Formen der Gestaltung einer Wehr- oder Dienstpflicht wurde im Juli 2025 – wie bereits schon 2024 – auch danach gefragt, ob die Befragten an einer 6-monatigen militärischen Grundausbildung bei der Bundeswehr Interesse hätten und sich freiwillig dafür entscheiden würden.

Da eine Grundausbildung nur für Personen sinnvoll ist, die noch nicht in der Bundeswehr gedient und bislang noch keine militärische Grundausbildung erhalten haben, wurde die Erfassung von Vorerfahrungen mit einem Militärdienst als Filterfrage der Erfassung dieses individuellen Interesses an einer freiwilligen militärischen Ausbildung vorgeschaltet. Von n=2261 Personen mit gültigen Antworten gaben 20,6% an, bereits eine entsprechende militärische Dienstzeit und Ausbildung absolviert zu haben: 17,3% hatten entweder als Wehrpflichtige oder als Freiwillige einen Wehrdienst bei der Bundeswehr oder in der ehemaligen DDR in der NVA abgeleistet. Weitere 3,3% waren nach eigenen Angaben als Zeit- oder Berufssoldaten aktiv.

Von den n=1795 Personen ohne bisherige militärische Dienstzeiten machten n=10 keine Aussage zur Frage einer freiwilligen militärischen Grundausbildung. Weitere 16,2% (n=289) bekundeten daran ein klares Interesse. Im Vergleich zu 2024 (14,3%) nahm der Anteil dieser Interessierten damit leicht zu.

Weitere 22,1% (n=395) erklärten, darüber erst nachdenken zu müssen, lehnten eine militärische Grundausbildung aber nicht grundsätzlich ab. Diese Rate ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Prozentpunkte gesunken.

Die verbleibenden 61,7% (n=1101) erklärten, dass eine solche 6-monatige militärische Grundausbildung in der Bundeswehr für sie nicht in Frage komme. Diese Rate ist im Vergleich zu 2024 (61,6%) unverändert.

Betrachtet man die beiden Gruppen, die eine militärische Grundausbildung bei der Bundeswehr nicht grundsätzlich ablehnen, zeigt sich, dass darin der Anteil der Frauen den der Männer übersteigt. Dies liegt daran, dass ein größerer Teil der Frauen bisher noch keinerlei Militärdienst abgeleistet hat. Im Ergebnis sind 54,0% derer, die angaben, eine solche Ausbildung machen zu wollen

Tabelle 3: Interesse an einer 6-monatigen Grundausbildung bei der Bundeswehr nach soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Zeilenprozenten); nur Personen, die bislang noch keinen Wehrdienst geleistet haben (n=1 785) (MiDInt Welle 16, Juli 2025)

Interesse an milit. Grundausbildung.	Geschlecht		Bildung			Altersgruppen				
	m	w	HS	mittl. Reife	Abitur	18 bis. 29 J.	30 bis 39 J.	40 bis 49 J.	50 bis 59 J.	60 und älter
Ja (n=289; 16,2%)	46,0 %	54,0 %	23,2 %	36,0 %	40,8 %	27,3 %	27,3 %	19,4 %	16,6 %	9,3 %
Vielleicht (n=395; 22,1%)	40,8 %	59,2 %	23,8 %	29,1 %	47,1 %	31,1 %	27,6 %	15,7 %	15,7 %	9,9 %
Nein (n=1101; 61,7%)	35,4 %	64,6 %	34,4 %	30,9 %	34,7 %	19,3 %	18,9 %	17,9 %	27,3 %	16,5 %

und 59,2% derer, die noch darüber nachdenken würden, Frauen (vgl. Tabelle 3).

Der Anteil der Befragten mit Abitur unter den Personen, die an einer militärischen Grundausbildung Interesse haben, ist vergleichsweise hoch (40,8% bei denen, die mit „Ja“ antworten und 47,1% bei denen, die „vielleicht“ angegeben haben und darüber noch nachdenken wollen).

Von den Personen, die Interesse an einer militärischen Grundausbildung zeigen, sind 27,3% zwischen 18 und 29 Jahre und weitere 27,3% zwischen 30 und 40 Jahre alt. Bei denen, die sich bezüglich dieser Entscheidung noch nicht sicher sind, aber darüber nachdenken würden, befinden sich knapp 60% in diesem potentiell wehrfähigen Altersbereich (31,1% sind 18 bis 29 Jahre und weitere 27,6% sind zwischen 30 und 39 Jahre alt).

Eingeschränkt auf die jüngste Gruppe der 18- bis 29-Jährigen, für die am ehesten eine solche militärische Grundausbildung in Frage käme, beläuft sich die Rate derer, die daran klar Interesse hätten auf 19,1%; weitere 29,5% können sich das vielleicht vorstellen; 51,3% lehnen das eindeutig ab.

Insgesamt ist damit knapp ein Fünftel der jüngeren Generation unter 30 Jahre an einer freiwilligen sechsmonatigen Grundausbildung bei der Bundeswehr explizit interessiert.

5. Die Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen

Im Juli 2025 wurden die Teilnehmenden zusätzlich auch gefragt, ob sie im Falle eines Angriffs bereit wären, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. 38,9% bejahten dies, 61,1% erklärten hingegen, dazu nicht

bereit zu sein. Eine ähnliche Rate (42% Verteidigungsbereitschaft mit der Waffe) fand im Jahr 2024 auch eine Studie des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.¹² Dieser Befund stellte sich im Frühjahr 2025 in der neuen Welle der Studien des ZMSBw ähnlich dar.

Weibliche Befragte hatten im Sommer 2025 zum überwiegenden Teil (71,8%) keine Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Bei Männern ist das Verhältnis hingegen eher ausgeglichen: 50,2% wären dazu bereit Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, 49,8% hingegen nicht. Auch das entspricht dem Bild der oben genannten früherer Studie des ZMSBw.

Es zeigt sich weiter ein klarer Zusammenhang mit dem Alter. Am geringsten ist diese aktive Verteidigungsbereitschaft bei den 18- bis 29-Jährigen (30,2%). Mit zunehmendem Alter steigt diese Zustimmung auf 42,2% (30–39 J.), 38,6% (40–49 J.), und 37,4% (50–59 J.) an. Sie ist bei den ab 60-Jährigen mit 48,2% am höchsten. Bezüglich des Bildungsniveaus der Befragten gibt es keine relevanten Differenzen.

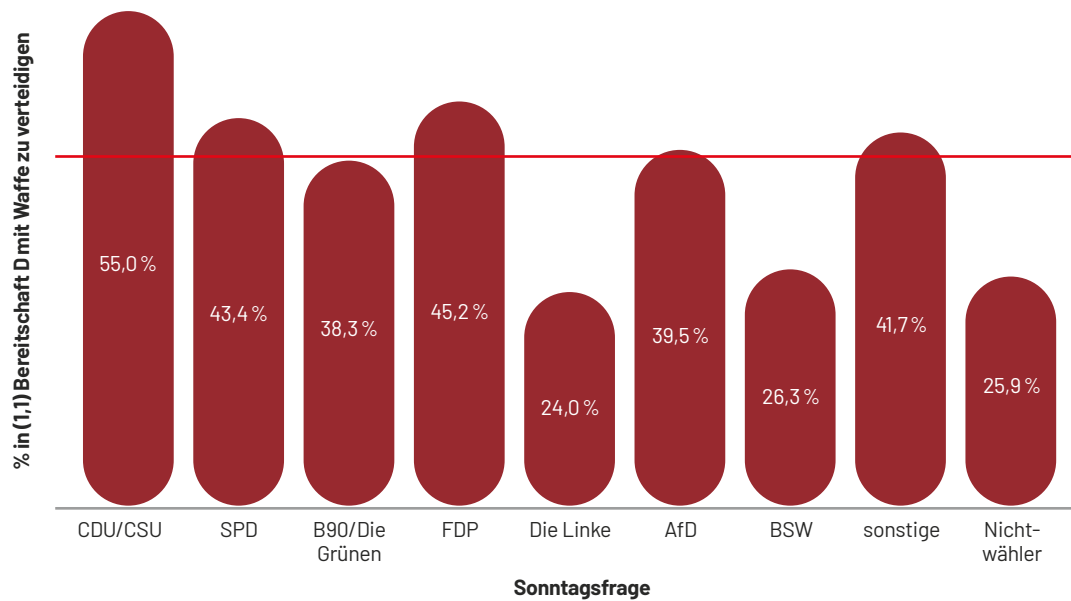
In Abbildung 1 ist die Bereitschaft, Deutschland nötigenfalls mit der Waffe zu verteidigen, in Abhängigkeit von den Wahlpräferenzen der Befragten dargestellt.

Bei Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU (55,0%) fällt danach die Verteidigungsbereitschaft überdurchschnittlich hoch aus, während sie bei der Linken (24%), dem BSW (26,3%) sowie bei Nichtwählerinnen und -wählern (25,9%) am niedrigsten ist. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die Gruppe der sonstigen Wählerinnen und Wähler unterscheiden sich hingegen kaum und liegen im Durchschnittsbereich.

¹² Graf, T. (2024). *Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland*. Forschungsbericht 137. Potsdam: Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw).

<https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904>
Graf, T. (2025). *Deutschland in der militärischen Führungsrolle. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2025*. Forschungsbericht 139. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw).

Abbildung 1: Bereitschaft Deutschland im Fall eines Angriffs mit der Waffe zu verteidigen nach Wahlpräferenzen (Sonntagsfrage), (MiDInt Welle 16, Juli 2025, n=2230; Angaben in %; rote Linie = Durchschnitt von 38,9%)



6. Schätzungen des Freiwilligenpotenzials für einen Wehrdienst

Um abschließend eine konservative, d. h. zurückhaltende und vorsichtige Schätzung des Personenpotenzials in der Bevölkerung für eine auf Freiwilligkeit basierende Aufstockung der Bundeswehr vorzunehmen, wurden mehrere Aspekte kombiniert: Die Zielgruppe muss die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Für die Schätzung herangezogen werden ferner nur Befragte, die bislang noch keinen Militärdienst geleistet haben. Sodann werden die Raten derer bestimmt, die sowohl explizit Interesse an einer militärischen Grundausbildung bekundet haben als auch gleichzeitig erklärt haben, sie wären bereit Deutschland mit der Waffe zu verteidigen.

Insgesamt finden sich in der hier untersuchten Stichprobe 7,0% Befragte, die sämtliche dieser Voraussetzungen erfüllen. Verwendet man zur Beachtung stichprobenbedingter Schätzungenauigkeiten ein Konfidenzintervall von 95%, dann liegt die real erwartbare Rate eines solchen Freiwilligenpotenzials in Bezug auf die Gesamtbevölkerung zwischen 6% und 8%.

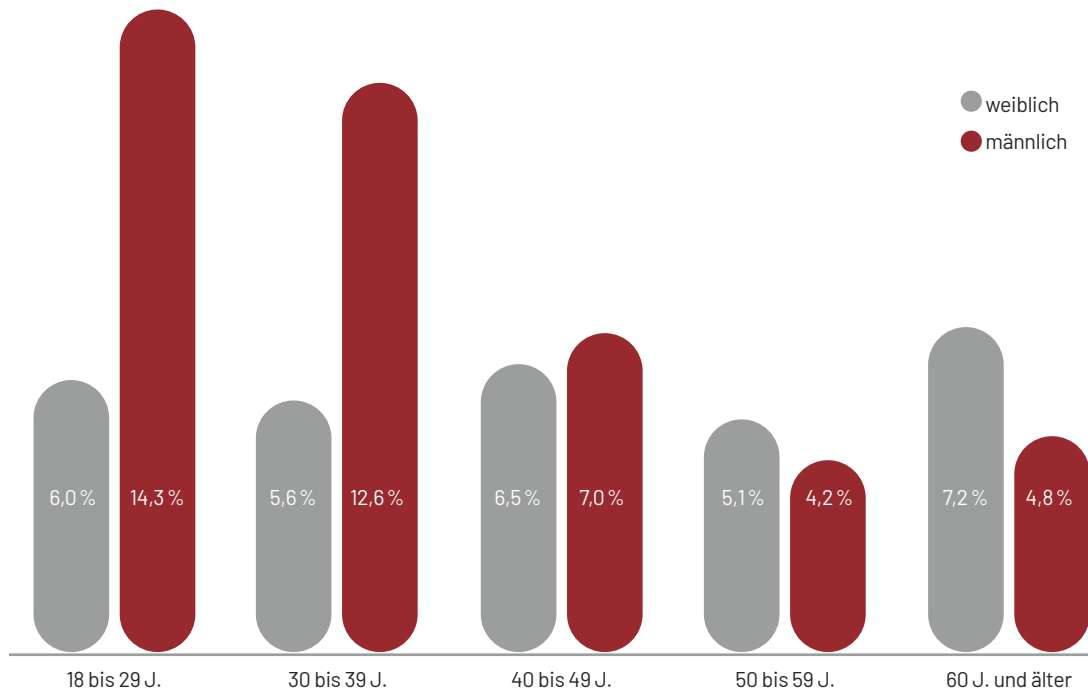
Betrachtet man die für einen freiwilligen Wehrdienst am ehesten in Frage kommende Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen, dann finden sich hier 8,3%, die alle diese genannten Voraussetzungen erfüllen. Bei Berücksichtigung eines Konfidenzintervalls von 95% liegt diese Rate in der Bevölkerung dieser jüngsten Altersgruppe zwischen 5,7% und 10,8%.

Diese Raten unterscheiden sich allerdings zwischen Männern und Frauen sowie den verschiedenen Altersgruppen zum Teil erheblich (vgl. Abbildung 2). Bei Frauen liegt das Freiwilligenpotenzial in der jüngsten Altersgruppe bei 6,0% (95-prozentiges Konfidenzintervall: 3,4% bis 8,6%) und bei Männern bei 14,3% (95-prozentiges Konfidenzintervall: 8,1% bis 20,5%).

Insgesamt leben in Deutschland 8,52 Millionen junge Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 18 bis 29 Jahren: 4,36 Millionen junge Männer und 4,16 Millionen junge Frauen.¹³ Bezieht man die oben festgestellten Raten des Freiwilligenpotenzials auf diese Grundgesamtheit, so lässt sich bei vorsichtiger Schätzung, d. h.

13 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Zensus2022/_inhalt.html#sprgI391204

Abbildung 2: Geschätzte Potenziale für ein Freiwilligenmodell: Prozent wehrdienstbereiter Personen (Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die Interesse an einer militärischen Grundausbildung haben und bereit wären, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen) nach Alter und Geschlecht (MiDInt Welle 16, Juli 2025; n = 2279)



unter Verwendung einer Rate von 8,1% (untere Grenze des 95% Konfidenzintervalls bei jungen Männern), eine Anzahl von ca. 350 000 jungen Männern erwarten, die für einen Dienst in der Bundeswehr bereit wären. Eine entsprechende Kalkulation mit einer angenommenen Mindestrate von 3,4% (Untergrenze des 95% Konfidenzintervalls bei jungen Frauen) führt zu dem Ergebnis, dass hier ein weiteres Potenzial von mindestens 140 000 Frauen besteht, die ebenfalls zu einem Dienst in der Bundeswehr bereit wären.

Wird eine Quote der medizinischen Wehruntauglichkeit von ca. 50% unterstellt (ein Erfahrungswert aus den letzten Jahren der Wehrpflicht),¹⁴ verbleibt immer noch eine erwartbare Anzahl von etwa 175 000 dienst- und verteidigungsbereiten jungen Männern im Alter von unter 30 Jahren. Wird dieselbe Tauglichkeitsquote auch auf

Frauen bezogen, beläuft sich geschätzte Mindestzahl auf hier auf 70 000 junge Frauen. Damit liegt in der Summe, bei sehr konservativer und vorsichtiger Schätzung, das Gesamtpotenzial für eine Erhöhung der Anzahl der Soldatinnen und Soldaten auf Grundlage eines Freiwilligenmodells bei mindestens 245 000 jungen Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands im Alter von unter 30 Jahren wäre bereit, irgendeine Form von Dienstpflicht für die Gesellschaft zu akzeptieren. 44,6% dieser jüngeren Generation lehnen diese zwar ab, aber 55,6% akzeptieren eine Dienstpflicht in der einen oder anderen Form. Insoweit besteht bei jungen Menschen eine erhebliche Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement über unterschiedliche Formen eines Dienstes.

¹⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160321/umfrage/wehrpflichtige-nach-tauglichkeitsgraden-seit-2000/>

Dies ist ein Befund, der in den aktuellen Debatten von verantwortlichen Entscheidungsträger politisch konstruktiv aufgegriffen und anerkannt werden sollte. Gegenwärtig besteht aus empirischer Sicht kein Anlass, von einer mehrheitlich fehlenden Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme oder Einsatzbereitschaft bei der jungen Generation im Alter von 18 bis 29 Jahren auszugehen. Abseits militärischer Erfordernisse zeichnet sich vielmehr in der Gesamtschau ein recht großes Potenzial ab, das für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen in ganz anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen besteht. Dieses könnte in Zukunft sinnvoll aufgegriffen und positiv gewürdigt werden. Die höchste Zustimmung erfährt insoweit eine allgemeine Dienstpflicht für Männer wie Frauen, bei der eine freie Entscheidung darüber möglich ist, ob der Dienst bei der Bundeswehr oder in anderen Bereichen geleistet wird. Dieses Modell befürworten 37,4% der 18- bis 29-Jährigen. Knapp 20% der unter 30-Jährigen würden zudem eine allgemeine Wehrpflicht akzeptieren, die gleichermaßen für Männer und Frauen gilt. Am geringsten ist bei jüngeren Menschen mit etwa 10% die Akzeptanz einer nur für Männer geltenden Wehrpflicht.

19,1% der jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren wären abseits dessen explizit daran interessiert, eine militärische Grundausbildung im Umfang von 6 Monaten zu absolvieren.

Eine Bereitschaft, Deutschland nötigenfalls auch mit der Waffe zu verteidigen, äußern 30% aus dieser Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen.

Insgesamt ist damit bei einem relevanten Teil der jüngeren Generation ein Potenzial dafür zu erkennen, sich aktiv an einem Ausbaus der Bundeswehr zu beteiligen. Kombiniert man das Interesse an einer militärischen Grundausbildung mit der

Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, dann wäre auf Basis einer konservativen Schätzung ein Bereitschaftspotenzial von mindestens ca. 350.000 jungen Männer und weiteren etwa 140.000 jungen Frauen vorhanden. Legt man weiter vorsichtshalber noch eine Untauglichkeitsquote von 50% zugrunde, ergibt sich ein Potenzial von 245.000 Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren (175.000 Männer und 70.000 Frauen), die im Rahmen eines Freiwilligkeitsmodells für den Dienst in der Bundeswehr gewonnen werden könnten.

Angesichts dieser Befunde ist es zumindest aus empirischer Sicht für den anstehenden Ausbau der Bundeswehr aktuell nicht notwendig, eine Regelung zu treffen, die eine Zwangsverpflichtung vorsieht. Die Erforderlichkeit der Einführung einer Wehrpflicht aufgrund eines unzureichend hohen Potenzials an Freiwilligen besteht nicht. Allerdings wird es zur tatsächlichen Aktivierung dieser hier erkennbaren durchaus substanziellen Potenziale sehr wahrscheinlich einer gezielten persönlichen Ansprache sowie finanziell oder beruflich attraktiver Angebote bedürfen. Junge Menschen brauchen insoweit vor allem positive Perspektiven, die sie mit einem möglichen Wehrdienst verbinden und die eine Identifikation mit einem Dienst für die Gemeinschaft ermöglichen.

Die Einführung eines nationalen Veteranentages,¹⁵ der am 15. Juni 2025 erstmals begangen wurde, könnte ein Element auf dem Weg dahin sein, die gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen von Soldatinnen und Soldaten für unser Gemeinwesen positiver hervorzuheben und die Verdienste von Bundeswehrangehörigen sichtbarer für die Gesamtgesellschaft zu machen. Eine Kombination von Sichtbarkeit, Anerkennung und Respekt wäre aus psychologischer Sicht wichtig, um eine Dienstpflicht für junge Menschen attraktiv zu gestalten.

¹⁵ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/15-juni-nationaler-veteranentag-deutschland-5787646>

Ein glaubhaft dargestellter Friedensauftrag der Bundeswehr dürfte ein zusätzlicher Baustein sein, um die aktive Bereitschaft zum freiwilligen Militärdienst zu fördern und dessen Akzeptanz zu erhöhen. Eine Zielgruppe, bei der Formen konkreter Ansprachen und Angebote auf Widerhall stoßen können, ist aktuell jedenfalls in hinreichendem Umfang erkennbar.



Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“:

<https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html>



Informationen zum bundesweiten MOTRA Forschungsverbund:

<https://www.motra.info/>

Kontaktadressen der Autoren/Autorin

Prof. Dr. Peter Wetzels

peter.wetzels@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Thomas Richter

thomas.richter@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Katrin Brettfeld

katrin.brettfeld@uni-hamburg.de

Janosch Kleinschnittger

janosch.kleinschnittger@giga-hamburg.de

Zitiervorschlag für das vorliegende MOTRA-Spotlight 1/26

Wetzels, P., Richter, T., Brettfeld, K. & Kleinschnittger, J. (2025). Freiwillige vor? Was die Deutschen von einer neuen Dienst- oder Wehrpflicht halten. MOTRA-Spotlight. MOTRA. <https://doi.org/10.57671/motra-2026001>

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert durch



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Bundesministerium
des Innern



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Prof. Dr. Uwe Kemmesies | Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Prof. Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Prof. Dr. Thomas Richter: thomas.richter@giga-hamburg.de

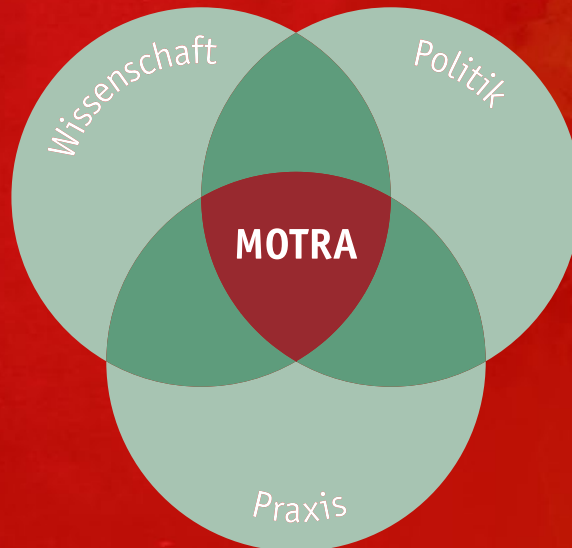
Prof. Dr. Peter Wetzels: peter.wetzels@uni-hamburg.de

GIGA Institut für Nahost-Studien | German Institute for Global and Area Studies (GIGA),
Hamburg | Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
<https://www.giga-hamburg.de/de>

Institut für Kriminologie | Fakultät für Rechtswissenschaft
Universität Hamburg | Rothenbaumchaussee 33 | 20148 Hamburg
<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie.html>

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungsbereich neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer


Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

motra@bka.bund.de

 www.motra.info

 [motra.bsky.social](https://twitter.com/motra.bsky.social)

 MOTRA Aktuell

 [motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung](https://www.linkedin.com/company/motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung)